

Birgit Schwellung

»Hilf Dir selbst ...« Selbsthilfe-Initiativen von ehemaligen Kriegsgefangenen im Siedlungsbau der Bundesrepublik in den 1950er und 60er Jahren

I. Einleitung

Es kann inzwischen als Allgemeinplatz gelten, dass Kriege nicht mit dem Schweigen der Waffen enden, sondern vielfältige, auf verschiedensten Ebenen angesiedelte Konsequenzen nach sich ziehen, mit denen betroffene Regionen, Staaten, Gesellschaften, Gruppen oder Individuen noch lange nach dem offiziellen Ende bewaffneter Konflikte umzugehen haben. Auf besonders prägnante Weise wird dies an den Veteranen von Kriegen deutlich, da sie die Kriegserfahrung auf spezifische Weise verkörpern – etwa in Form von sichtbaren Verwundungen, fehlenden Gliedmaßen, psychischen Beschädigungen oder auch militärischem Habitus – und den Krieg damit gewissermaßen in die Nachkriegszeit hineintragen. Kriegsveteranen »ragen«, so Hans Joas, »in die Nachkriegszeit hinein und erinnern an die zerstörerische Gewalt des Krieges wie Ruinen«¹. Mit der Heimkehr von Soldaten nach beendeten Kriegen sind somit spezifische gesellschaftspolitische Aufgaben verbunden, die auf das Spannungsverhältnis zwischen zivilem und militärischem Leben zurückzuführen sind und die auf der Annahme beruhen, dass die Wiedereingliederung von heimkehrenden Kriegern besonderer Instrumente und Institutionen bedarf. Eine bis in die Antike zurückzuverfolgende Deutungslinie geht davon aus, dass Veteranen erst nach der Absolvierung von Übergangsritualen, beispielsweise in Form von Zeremonien der Reinigung von gewaltvollen Erfahrungen und der Heilung von Traumata, wieder »zivil« und damit gesellschaftsfähig werden². Solche im Sinne von Integrationsaufgaben beschreibbaren Maßnahmen werden nicht nur *für* Veteranen initiiert, sondern häufig auch *von* ihnen selbst angestoßen oder eingefordert. Sie sind zumindest in der Neuzeit häufig mit einem Appell an den »Dank des Vaterlandes« verbunden, das den Soldaten und gegebenenfalls ihren Hinterbliebenen eine adäquate Versorgung nach dem Kriegseinsatz zusichert. Ein typisches Phänomen sind daher Zusammenschlüsse von Veteranen beispielsweise in der Form von Selbsthilfegruppen, Verbänden oder Traditionsvereinen. Häufig geht es dabei jedoch nicht ausschließlich um materielle Forderungen. Vielmehr sind diese von Veteranen geschaffenen Institutionen auch daran interessiert, ihre Kriegserfahrungen im Kreise Gleichgesinnter auszutauschen sowie die Erinnerung an die Kriegszeit wachzuhalten. Und häufig lässt sich das Erst- vom Zweitgenannten nicht klar trennen, denn auch in materiellen Forderungen kön-

¹ Hans Joas, *Sprayed and Betrayed. Gewalterfahrung im Vietnam-Krieg und ihre Folgen*. In: Hans Joas, *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Weilerswist 2000, S. 165–180, hier: S. 165.

² Jonathan Shay, *Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust*, Hamburg 1998.

nen Erfahrungen auf explizite Weise mitgeteilt oder Erinnerungen implizit angesprochen werden. Von daher sind die erfahrungs- und erinnerungsgeschichtlichen Dimensionen von Kriegen, die im Folgenden im Zentrum des Interesses stehen werden, vielschichtig. Sie erschöpfen sich nicht im konkreten Reden über den vergangenen Krieg oder in symbolischen Akten der Kommemoration, sondern sind auf vielfältige Weise mit dem Handeln von Veteranen verbunden und in dieses eingelassen.

Diesem Zusammenhang zwischen Kriegserfahrung, Erinnerung und Integration soll im Folgenden an einem konkreten Fall nachgegangen werden. Es handelt sich dabei um deutsche Veteranen des Zweiten Weltkriegs und genauer um ehemalige Kriegsgefangene, die nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in den westlichen Teil Deutschlands zurückkehrten bzw. dort ihren Wohnsitz nahmen. Aus den zahlreichen Aktivitäten, die diese Heimkehrer nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Rahmen von Veteranenverbänden und von daher ausdrücklich als ehemalige Kriegsgefangene entfalteten, sollen die bisher von der Forschung nicht untersuchten Selbsthilfeinitiativen im Wohnungsbau herausgegriffen werden. Es handelt sich dabei um Initiativen von Heimkehrern innerhalb des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V. (VdH), die sich in den 1950er Jahren zu Bauvereinen zusammenschlossen und Wohnsiedlungen errichteten. Auf den ersten Blick handelt es sich dabei um Aktivitäten, die mit der Erfahrung des Krieges und der Gefangenschaft unverbunden sind. Sie können als Reaktion auf die verheerende Wohnungsnot in der frühen Bundesrepublik und daher als Versuch der Überwindung zeitgenössischer sozialer und ökonomischer Problemlagen verstanden werden. Ein genauerer Blick auf diese Selbsthilfeinitiativen zeigt jedoch, dass sie in hohem Maße mit der spezifischen Erfahrung ihrer Protagonisten verbunden waren. Waren sie einerseits Maßnahmen zur Überwindung von Wohnungsnot, so dienten sie andererseits auch als Medium der Verarbeitung der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft, und dies auf vielfältige Weise. Denn nicht nur die eigenen Erfahrungen in den Kriegsgefangenenlagern wurden im Rahmen dieser Bauaktivitäten bearbeitet, sondern es wurden im Rekurs auf die Zwischenkriegszeit Erinnerungen an ein anderes Kriegsende und andere Veteranen angesprochen. Insofern ist die im Folgenden genauer darzustellende und zu analysierende Selbsthilfe von ehemaligen Kriegsgefangenen in der Bundesrepublik ein Beispiel für die vielfältigen Wirkungen von Kriegserfahrungen und -erinnerungen in Bereichen, die auf den ersten Blick wenig mit der Verarbeitung dieser Erfahrungen zu tun haben.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst in einige Themenkomplexe eingeführt, die zum Verständnis der Selbsthilfeinitiativen von ehemaligen Kriegsgefangenen zentral sind. Dazu gehören die Themen Kriegsgefangenschaft und Heimkehr nach dem Zweiten Weltkrieg. Diskutiert wird der besondere Stellenwert, der diesen Themen in der frühen Bundesrepublik zuteil wurde sowie die Frage, wie sich diese eminente gesellschaftliche Bedeutung erklären lässt. Schließlich wird mit dem Verband der Heimkehrer der zentrale Akteur im Zusammenhang mit den Selbsthilfe-Aktivitäten kurz vorgestellt.

Der dritte Abschnitt dient der Darstellung und Analyse der baulichen Selbsthilfe von ehemaligen Kriegsgefangenen im Umfeld des VdH im Kontext des Wohnungsmangels in den frühen Nachkriegsjahren sowie der in diesem Zusammenhang relevanten sozialpolitischen Maßnahmen. Der Fokus liegt dabei auf der erfahrungs- und erinnerungsgeschichtlichen Dimension dieser Aktivitäten. Denn

die Siedlungsprojekte dienten nicht nur der Bewältigung einer gegenwärtigen Problemlage, sondern sie wurden in hohem Maße mit verschiedenen Vergangenheiten in Beziehung gesetzt. Die im dritten Abschnitt präsentierte Analyse dieser Deutungsmuster geht aus von den Selbstdarstellungen, die im Zusammenhang mit den Siedlungsprojekten produziert und in Form von Broschüren, Faltblättern und Artikeln veröffentlicht wurden.

In den Schlussfolgerungen werden die am empirischen Fall gewonnenen Erkenntnisse auf ihren möglichen theoretischen Ertrag hin befragt. Dabei wird eine theoretische Perspektive vorgeschlagen, die sich insofern als eine erweiterte Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte des Krieges verstehen lässt, als sie – im Sinne eines handlungs- und akteurstheoretischen Modells von Erinnerungen – nicht nur danach fragt, wie bestimmte Ereignisse und Erfahrungen gedeutet und erinnert werden, sondern sich auch für vergangenheitsgrundierte Argumente und Legitimationen jenseits von Formen intentionalen Erinnerns und für deren politische Konsequenzen interessiert.

Ziel dieses Beitrags ist es, die thematisch einschlägige Forschung in drei nicht notwendigerweise verbundenen Forschungsfeldern – deutsche Kriegsveteranen und ihre Verbände nach 1945, der Komplex der Kriegserfahrungen und -erinnerungen sowie Fragen der Erinnerungs-, Vergangenheits- und Geschichtspolitik – auf verschiedenen Ebenen zu erweitern. Zum einen wird mit den Selbsthilfeinitiativen ehemaliger Kriegsgefangener im Wohnungsbau ein Phänomen thematisiert, das in der einschlägigen Forschung zu den bundesdeutschen Veteranenverbänden des Zweiten Weltkriegs bisher keine Beachtung fand³. Zum anderen wird die inzwischen umfangreich bearbeitete Frage nach Kriegserfahrungen und -erinnerungen⁴ des Zweiten Weltkriegs auf zweierlei Weise erweitert: Erstens, indem nicht ausschließlich Primärerfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der anschließenden Kriegsgefangenschaft und deren Übersetzung in Erinnerungen in die Analyse einbezogen werden, sondern auch nach anderen, möglicherweise wirksamen Vergangenheiten gefragt wird. Damit wird dem bisher zu wenig beachteten Umstand

³ Vgl. u.a. Jay Lockenour, *Soldiers as Citizens. Former Wehrmacht Officers in the Federal Republic of Germany, 1945–1955*, Lincoln, NE, London 2001; Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, 22); Georg Meyer, *Fédérations d'anciens combattants et rearmement allemande*. In: *Mémoire de la Seconde Guerre Mondiale. Actes du Colloque de Metz, 6–8 octobre 1983*. Ed. par Alfred Wahl, Metz 1984, S. 81–98; Krafft Freiherr von Schenck zu Schweinsberg, *Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik*. In: *Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr*, Folge 1. Hrsg. von Georg Picht, Witten, Berlin 1965, S. 96–177; Alaric Searle, *Veterans' Associations and Political Radicalism in West Germany, 1951–54: A case study of the Traditionsgemeinschaft Großdeutschland*, in: *Canadian Journal of History*, 34 (1999), 8, S. 221–248; Birgit Schelling, *Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft*, Paderborn [u.a.] 2010; Karsten Wilke, *Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik*, Paderborn [u.a.] 2011.

⁴ Die einschlägige Forschungsliteratur ist inzwischen stark angewachsen. Daher kann hier nur auf einige wenige Titel verwiesen werden. Vgl. u.a. *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945*. Hrsg. von Kerstin von Lingen, Paderborn [u.a.] 2009 (= *Krieg in der Geschichte*, 49); *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*. Hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens, Paderborn [u.a.] 2007; *The Politics of Memory in Postwar Europe*. Ed. by Richard Ned Lebow [u.a.], Durham, NC 2006.

Rechnung getragen, dass es häufig verschiedene historische Zeiten sind, die in Vergangenheitskonstruktionen auf vielschichtige Weise verbunden und im politischen Prozess als Argument eingesetzt werden. Zweitens, indem der Fokus weniger auf intentionale Formen des Erinnerns etwa im Rahmen des Kriegs- und Totengedenkens, im konkreten Reden über den Krieg oder anderen Dimensionen des politisch-gesellschaftlichen Umgangs mit vergangenen Kriegen gelegt, sondern nach erfahrungs- und erinnerungsgrundierten Argumenten und Legitimationen in Handlungsfeldern *jenseits* des Gedenkens und intentionalen Erinnerns gefragt wird. Damit wird die in Studien zur Erinnerungs-, Vergangenheits- und Geschichtspolitik häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen der Ebene der *Herstellung* von Politik in Entscheidungsprozessen und der Ebene ihrer *Darstellung* in symbolischen Handlungen⁵ insofern auf neuartige Weise gedacht, als beide Ebenen gemeinsam und in ihrer Verschränktheit in den Blick genommen werden.

II. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr nach dem Zweiten Weltkrieg

Wehrmachtsoldaten gerieten seit Mitte 1944 nach der Landung der Alliierten in der Normandie und den Niederlagen der Heeresgruppen Mitte und Südukraine im Juli bzw. August 1944 in Kriegsgefangenschaft. Binnen eines Jahres stieg der Anteil der deutschen Soldaten in Kriegsgefangenschaft von rund zehn auf nahezu einhundert Prozent an, wobei manche Soldaten nur wenige Tage, andere bis zu zwölf Jahre in Gefangenschaft verbrachten. Im Mai 1945 waren von den insgesamt achtzehn Millionen im Krieg eingesetzten Wehrmachtsoldaten noch ca. elf Millionen am Leben. Von diesen elf Millionen wiederum verstarben rund eine Million Soldaten in der Kriegsgefangenschaft, zehn Millionen kehrten nach wenigen Tagen oder vielen Jahren aus der Gefangenschaft in die Besatzungszonen bzw. später in die DDR und die Bundesrepublik zurück⁶.

7,7 Millionen Soldaten befanden sich im Gewahrsam der westlichen Alliierten. Diese wurden bis zum 31. Dezember 1948 entlassen, nachdem die vier Siegermächte auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 23. April 1947 die endgültige Repatriierung bis Ende 1948 beschlossen hatten. 3,3 Millionen Gefangene befanden sich nach Kriegsende in der Sowjetunion, in Jugoslawien, in Polen und der Tschechoslowakei, wobei der weitaus größte Anteil – nämlich drei Millionen – in der Sowjetunion interniert waren. Obwohl die Sowjetunion der Vereinbarung auf der Moskauer Außenministerkonferenz zugestimmt hatte, wurden viele Gefangene auch nach dem Dezember 1948 weiterhin zurückgehalten. Die historische Forschung geht heute davon aus, dass es sich dabei um rund 30 000 Kriegsgefan-

⁵ So zum Beispiel Edgar Wolfrum, der Vergangenheitspolitik auf »praktisch-politische Maßnahmen« bezogen sieht, Geschichtspolitik hingegen dem »öffentlich-symbolischen Handeln« zurechnet. Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg der bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

⁶ Zahlen nach Rüdiger Overmans, *Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs*, Berlin 2000, S. 31–39, S. 272–275.

gene handelte⁷. Zeitgenössische Schätzungen lagen allerdings weitaus höher, nämlich bei 120 000 bis 300 000 Personen⁸.

Die meisten Todesfälle waren in sowjetischer Gefangenschaft zu verzeichnen. Schätzungen gehen von einer Todesrate von rund 33 Prozent aus. Dagegen kamen in US-amerikanischem Gewahrsam 5000 bis 10 000 Gefangene und in britischer Gefangenschaft rund 2000 Personen ums Leben. Die Todesrate von etwa 33 Prozent in sowjetischer Gefangenschaft – USA und Großbritannien weniger als ein Prozent – wurde prozentual nur in jugoslawischem Gewahrsam übertroffen. Dort lag sie bei ca. vierzig Prozent; von rund 200 000 deutschen Gefangenen starben ca. 80 000⁹.

Die angeführten Todesraten geben bereits einen Hinweis darauf, dass die Lebensbedingungen in den Lagern sehr unterschiedlich waren, sodass von einer einheitlichen Erfahrung der Kriegsgefangenschaft nicht ausgegangen werden kann. Vielmehr lassen sich die »Lebensbedingungen der deutschen Kriegsgefangenen in den verschiedenen Gewahrsamsländern aufs Ganze gesehen eher durch Unterschiede als durch Gemeinsamkeiten charakterisieren«¹⁰. Entscheidend für die Überlebenschancen der Kriegsgefangenen waren neben den konkreten Bedingungen in den jeweiligen Lagern der Zeitpunkt der Gefangennahme und die persönliche Situation des Gefangenen, vor allem die physische und psychische Verfasstheit zum Zeitpunkt der Gefangennahme. Während die Versorgungslage in den westlichen Gewahrsamsländern von Anfang an insgesamt ausreichend war¹¹, die Behandlung der Gefangenen »cum grano salis den Grundzügen des Kriegsvölkerrechts entsprochen haben«¹² dürfte und vor allem in der britischen und US-amerikanischen

⁷ Stefan Karner, Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion. In: Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 1012–1036, hier: S. 1020.

⁸ Michael Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenschaftsfrage 1949–1955, Düsseldorf 2000 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 35), S. 44.

⁹ Overmans, Soldaten (wie Anm. 6), S. 245–249.

¹⁰ Albrecht Lehmann, Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Gefangene in der Sowjetunion, München 1986, S. 9. Diese Einschätzung auch bei Arthur L. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51), S. 11.

¹¹ Dies trifft nicht auf Frankreich zu, wo die Kriegsgefangenen bis Herbst 1946 kaum ausreichend ernährt werden konnten und außerdem etwa 40 000 Gefangene für Minenräumarbeiten eingesetzt wurden, wobei es zu vielen Todesfällen kam. Vgl. Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand, München 1971 (= Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, 13), S. 173 f.; Lehmann, Gefangenschaft (wie Anm. 10), S. 91; Smith, Heimkehr (wie Anm. 10), S. 25. Es gilt auch nicht für die »Rheinwiesenlager«, die als provisorische Kriegsgefangenenlager ab Anfang April 1945 im Rheintal zwischen Mannheim und dem Niederrhein von der US-amerikanischen Armee errichtet wurden und in denen die Bedingungen für die ca. eine Million Kriegsgefangenen sehr schlecht waren. In den Rheinwiesenlagern gab es weder feste Unterkünfte noch war die hygienische Grundversorgung gewährleistet. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln und vor allem mit Wasser unterlag starken Schwankungen. Vgl. Rüdiger Overmans, Die Rheinwiesenlager 1945: »Ein untergeordneter Eintrag im Leidensbuch der jüngeren Geschichte«? In: Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Hrsg. von Günter Bischof und Rüdiger Overmans, Ternitz-Pottschach 1999, S. 233–264.

¹² Rüdiger Overmans, »In der Hand des Feindes.« Geschichtsschreibung zur Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. In: In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Rüdiger Over-

Gefangenschaft für ausreichende Versorgung, saubere Unterkünfte und sogar für Sport- und Unterhaltungseinrichtungen sowie Fortbildungsmöglichkeiten gesorgt war, waren die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion bis 1947 von einer gravierenden Unterversorgung betroffen. Allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, dass die hohe Todesrate absichtlich und systematisch herbeigeführt worden wäre. Sie war vielmehr auf die insgesamt schlechte Versorgungslage in der von verheerenden Kriegsschäden betroffenen Sowjetunion zurückzuführen, die dazu führte, dass nicht nur die Kriegsgefangenen, sondern auch große Teile der Bevölkerung hungerten. Die Kriegsgefangenen wurden nachweislich nicht schlechter, häufig sogar besser versorgt als die Zivilbevölkerung¹³.

Insgesamt kann für alle Gewahrsamsländer gelten, dass sich die Situation für die Kriegsgefangenen mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Kriegsende verbesserte. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der Kriegsgefangenen – Ausnahmen waren die höheren Dienstränge – als Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Besonders relevant wurde dies in der Sowjetunion, wo Kriegsgefangene ein fest kalkuliertes Arbeitskräftepotenzial darstellten und viele Leistungen des ersten sowjetischen Nachkriegs-Fünfjahresplans erbrachten. Praktisch kein größeres Bauvorhaben und kein größeres Industrieprojekt der Sowjetunion in den ersten fünf bis zehn Jahren der Nachkriegszeit wurde ohne die Beteiligung von Kriegsgefangenen durchgeführt¹⁴.

Ähnlich disparat wie die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft war auch diejenige der Heimkehr. In den ersten Nachkriegsjahren war den Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft kein herausragendes Interesse entgegengebracht worden. Ihr Schicksal war trotz seiner Besonderheiten »nur Teil eines allgemeinen gesellschaftlichen Elends, das durch soziale Entwurzelung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit charakterisiert war«¹⁵. Seit 1948/49 begann sich diese Wahrnehmung allmählich zu wandeln, was zum einen auf die »kranke und unterernährte Erscheinung der östlichen Veteranen« und auf die »mangelhafte Kleidung« bei ihrer Ankunft zurückzuführen war: »Westdeutsche, die mit den Ankömmlingen zu tun hatten, waren schockiert angesichts der Menschen in zerfetzten und abgetragenen Lumpen«¹⁶. Zum anderen spielte hier die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 5. Mai 1950 eine bedeutenden Rolle, in der erklärt wurde, dass sich keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion aufhielten. Aufgrund der schleppenden Informationspolitik der Sowjetunion in der Frage der Kriegsgefangenen und aufgrund der Tatsache, dass die während der Besatzungszeit wenig systematisch erfassten Daten nicht abgeglichen und nicht zentral erfasst worden waren¹⁷, gab es auf deutscher Seite keine gesicherten Erkenntnisse über die genaue

mans, Köln [u.a.] 1999, S. 1–39, hier: S. 14. Diesbezüglich skeptischer äußert sich Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen (wie Anm. 8), S. 33–42.

¹³ Lehmann, Gefangenschaft (wie Anm. 10), S. 10. Rüdiger Overmans, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. In: Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, Halbbd 2: Die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Rolf-Dieter Müller, München 2008 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 10/2), S. 379–507, hier: S. 406 und S. 503.

¹⁴ Vgl. Karner, Deutsche Kriegsgefangene (wie Anm. 7), S. 1031 f. Ausführlicher dazu Stefan Karner, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien, München 1995 (= Kriegsfolgen-Forschung, 1).

¹⁵ Lehmann, Gefangenschaft (wie Anm. 10), S. 135.

¹⁶ Smith, Heimkehr (wie Anm. 10), S. 166 f.

¹⁷ Ebd., S. 15–23.

Zahl der noch in östlichem Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen. Aufgrund der von den Kriegsgefangenen aus den Lagern eintreffenden Nachrichten und der Aussagen von zurückkehrenden Kriegsgefangenen, konnte jedoch mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die von TASS verbreitete Nachricht nicht zutreffend sein konnte. Insofern löste die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur in der Bundesrepublik große Empörung aus, weil nun davon ausgegangen werden musste, dass die Sowjetunion die Kriegsgefangenen nicht ausschließlich aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen zurückhielt.

Ausgelöst durch diese beiden Entwicklungen rückte das Thema Kriegsgefangenschaft in der Bundesrepublik in das Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Zu einem Zeitpunkt, als die meisten Kriegsgefangenen bereits nach Hause zurückgekehrt waren, stieg die Problematik zum »vielleicht wichtigsten Thema der frühen Nachkriegszeit auf«¹⁸ und erhielt eine »eminente gesellschaftliche Bedeutung«¹⁹. Hier beginnt die enorme Aufmerksamkeit, die dem Thema Kriegsgefangenschaft in den 1950er Jahren öffentlich entgegengebracht werden sollte. Die Kriegsgefangenen avancierten zu Symbolfiguren, mit deren Schicksal sich weite Teile der bundesrepublikanischen Nachkriegsöffentlichkeit identifizierten. Ihr Schicksal bot einen Anknüpfungspunkt für das inzwischen in der westdeutschen Gesellschaft weit verbreitete Gefühl, zu den Opfern des Krieges, der Alliierten, der beginnenden Ost-West-Konfrontation sowie der bedrückenden Situation in den ersten Nachkriegsjahren zu zählen. Bilder und Geschichten von und über Kriegsgefangene und Heimkehrer waren in der ersten Hälfte der 1950er Jahre omnipräsent²⁰. Die Bilder vom Empfang zurückkehrender Kriegsgefangener im Durchgangslager Friedland, vom Jubel des Wiedersehens, der Trauer der Angehörigen, die wieder einmal vergeblich nach Friedland gereist waren, der alten Dame, die Bundeskanzler Adenauer nach der Rückkehr aus Moskau dankbar die Hände geküsst hatte, wurden zu »Ikonen der Heimkehr«²¹, die eine weite mediale Verbreitung fanden.

¹⁸ Peter Steinbach, Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr. In: Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener. Hrsg. von Annette Kaminsky, München 1998, S. 325–340, hier: S. 326.

¹⁹ Overmans, »In der Hand des Feindes.« (wie Anm. 12), S. 33.

²⁰ Überblicke bei Frank Biess, Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany, Princeton, NJ 2006; Erhard Schütz, Von Lageropfern und Helden der Flucht. Kriegsgefangenschaft Deutscher – Popularisierungsmuster in der Bundesrepublik. In: Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang Hardtwig und Erhard Schütz, Stuttgart 2005 (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, 7), S. 181–203; Michael Stolle – Das Wunder von Friedland. Die Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen und das Radio. In: Rundfunk und Geschichte, 31 (2005), 3/4, S. 20–30 – zeigt dies am Beispiel der Berichterstattung im Radio. Uta Schwarz – Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren, Frankfurt a.M., New York 2002 (= Geschichte und Geschlechter, 37), S. 195–208 – weist die besondere Aufmerksamkeit nach, die der Problematik in den Wochenschauen zukam. Bei Habbo Knoch – Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2001, S. 314–323 – finden sich Hinweise der Thematisierung in Printmedien. Gerd Albrecht – Fern der Wirklichkeit. Deutsche Spielfilme der Nachkriegszeit zum Thema Kriegsgefangenschaft und Heimkehr. In: Kriegsgefangene. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland, deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Hrsg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik, Düsseldorf 1995, S. 100–105 – gibt einen Überblick über Filme zur Thematik.

²¹ Vgl. Schütz, Von Lageropfern (wie Anm. 20), S. 187.

An dieser Entwicklung hatte der im März 1950 gegründete VdH einen wesentlichen Anteil²². Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, zu einem der mitgliederstärksten Veteranenverbände in der Bundesrepublik aufzusteigen²³. Die Aktivitäten und Forderungen des Verbandes drehten sich um die Probleme der Heimkehrer und bis 1955/56 auch um die Belange der noch in Gefangenschaft befindlichen Personen. So wurde im Rahmen früher Initiativen die Freilassung der noch internierten Kriegsgefangenen gefordert. Insbesondere diese Protest- und Gedenkveranstaltungen, an denen sich Millionen von Bürgern beteiligten, trugen maßgeblich dazu bei, dass Bilder und Geschichten von und über Kriegsgefangene in der frühen Bundesrepublik allgegenwärtig waren. Zahlreiche weitere Aktivitäten des VdH zielten darauf ab, die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft und der Heimkehr kollektiv auszudeuten und die Erinnerung an diesen Teilaspekt des Zweiten Weltkriegs im Nachkriegsgedächtnis zu verankern. Zu den Projekten und Interventionen in diesem Zusammenhang zählte unter anderem die Errichtung von rund 1800 Mahnmalen in der Bundesrepublik, mit denen an das Schicksal der Kriegsgefangenen erinnert wurde²⁴. Dazu zählte auch eine thematisch einschlägige Wanderausstellung, die von 1951 bis Ende der 1960er Jahre in der Bundesrepublik und zum Teil im Ausland präsentiert und in diesem Zeitraum von rund 1,7 Millionen Personen besucht wurde. Und dazu gehörten auch die Versuche der Einflussnahme auf die Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und die Kriegsfolgen im Rahmen der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs²⁵. Schließlich war das für einen Veteranenverband wohl bemerkenswerteste Betätigungsfeld im Bereich der politischen Bildung angesiedelt, die der VdH in Kooperation mit der Bundeszentrale für Heimatdienst (seit 1963: Bundeszentrale für politische Bildung) mit hohem finanziellen und personellen Aufwand betrieb, mit dem Ziel, die Heimkehrer auch »mental« an die neue Republik heranzuführen.

Und nicht zuletzt zählte zu den wichtigsten Initiativen die Forderung einer auf materielle Versorgung, Wiedereingliederung und Entschädigung abzielenden Gesetzgebung, die der spezifischen Situation der verspäteten Rückkehr in die bundesrepublikanische Gesellschaft gerecht werden sollte – dazu zählten beispielsweise familiäre und gesundheitliche Probleme, aber auch Schwierigkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche. Neben diesen an die Adresse des Staates gerichteten, an den »Dank des Vaterlandes« appellierenden Forde-

²² Zum VdH vgl. Schwelling, Heimkehr (wie Anm. 3). Dort findet sich auch eine Typologie der Veteranenverbände nach dem Zweiten Weltkrieg sowie eine Einordnung des VdH in die zeitgenössische Veteranenverbandslandschaft (S. 9–17).

²³ 1951 zählte der VdH 160 000 Mitglieder. Bis 1955 stieg die Zahl auf rund 500 000 an, fiel danach bis 1960 wieder auf 300 000 ab. Vgl. Schwelling, Heimkehr (wie Anm. 3), S. 18. Auch an diesen Mitgliederzahlen lässt sich die Konjunktur des Themas Kriegsgefangenschaft und Heimkehr also gut nachvollziehen.

²⁴ Die meisten dieser Mahnmale existieren heute nicht mehr. Das monumentalste der vom VdH errichteten Mahnmale nahe dem Durchgangslager Friedland ist allerdings auch heute noch zu besichtigen. Vgl. Birgit Schwelling, Gedenken im Nachkrieg. Die »Friedland-Gedächtnisstätte«. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 5 (2008), 2, S. 189–210.

²⁵ Vgl. Birgit Schwelling, Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56 (2008), 2, S. 227–263.

rungen, entwickelte der Verband im sozialen Bereich zahlreiche Eigeninitiativen, die unter anderem einen ärztlichen Dienst, Erholungsheime sowie ein Siedlungsprogramm umfassten.

III. Die Selbsthilfe-Initiativen im Siedlungsbau

Die Bauaktivitäten im Umfeld des VdH begannen im Jahr 1950. Die Initiative ging zurück auf den Journalisten und ehemaligen Kriegsgefangenen Fritz Redlin, der den Bauverein »Glaube und Tat« gründete, um gemeinsam mit Heimkehrern in Geesthacht bei Hamburg eine Siedlung zu errichten. Das Besondere an diesem Bauverein war nicht nur, dass dessen Mitglieder erwerbslos waren, sondern dass sie über keinerlei Kapital verfügten. Der Gruppe um Redlin gelang es, in Selbsthilfe eine Siedlung mit 36 Wohnhäusern zu errichten. Das fehlende Eigenkapital wurde durch günstige Landesdarlehen sowie durch einen erheblichen Anteil von Selbsthilfeleistungen kompensiert. Nachdem diese erste Siedlung erfolgreich entstanden war, fand »Glaube und Tat« rasch Nachahmer in den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen, aber auch bei Flüchtlingen und Vertriebenen. Die Aktivitäten wurden außerdem insofern gebündelt, als »Glaube und Tat« organisatorisch in den VdH eingegliedert und Redlin zu dessen Siedlungsreferent ernannt wurde²⁶.

Man muss sich diese Siedlungsbauten bescheiden vorstellen. Die Häuser in der Geesthachter Siedlung hatten eine Größe von 49 Quadratmetern. Hinzu kamen jeweils ein Stall und ein kleiner Garten. Auch die in der Folgezeit von den Bauvereinen errichteten Häuser waren mit einer Größe zwischen 50 und 70 Quadratmetern ähnlich bescheiden. Gleichwohl war der Aufwand erheblich. Im Falle von Siedlungen, die nach dem Geesthachter Modell geplant wurden, wurde der Wert eines Hauses mit 12 000,- DM berechnet. Ziel war es, 30 bis 40 Prozent des Wertes durch Selbsthilfe zu schaffen. Die restliche Summe wurde mit zinsgünstigen öffentlichen Baudarlehen, beispielsweise Landesbaudarlehen, sowie Entschädigungszahlungen finanziert, die unter anderem auf der Grundlage des Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes ausgezahlt wurden. Sollte die Bauzeit nicht mehr als ein Jahr betragen, musste jedes Mitglied eine Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche einbringen. Die Arbeitsstunden konnten auch von Familienangehörigen oder Freunden geleistet werden²⁷. Dieser hohe Selbsthilfe-Anteil konnte bei den ersten

²⁶ Fritz Redlin blieb allerdings nur bis Ende 1953 Siedlungsreferent im VdH. Danach wurde »Glaube und Tat« im Verband unter dem Namen VdH-Siedlungswerk weitergeführt. BArch, B 134/1696, Kießling, VdH, an Bundesministerium für Wohnungsbau, 14.12.1953. Zurückzuführen war dies unter anderem auf Haftungsfragen, die durch eine zu enge Anbindung von »Glaube und Tat« an den Verband insbesondere bei gescheiterten Projekten problematisch waren. Vgl. die Unterlagen in: BArch, B 433/332.

²⁷ Vgl. *Hilf dir selbst ...* Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg o.J., S. 3. – Einen anschaulichen Einblick in den Ablauf eines solchen Siedlungsprojekts bietet Johannes Kimberger am Beispiel der zwischen 1953 und 1959 in Fürth-Unterfürberg errichteten Heimkehrersiedlung. Kimberger hatte Gelegenheit, mit einigen der damaligen, auch heute noch in der Siedlung lebenden Bauherren Interviews zu führen. Der Text wird durch zahlreiche, aus dem Privatbesitz der ehemaligen Kriegsgefangenen stammende Fotografien aus der Bauphase illustriert. Sowohl die Aussagen der Siedler als auch die Abbildungen verdeutli-

Siedlungen nur deshalb erzielt werden, weil die Mitglieder der Baugruppen erwerbslos waren²⁸, ein Umstand, der gleichzeitig zu enormen Problemen führte. Zum einen lief die Bauindustrie Sturm, weil sie damit eine verdeckte Schwarzarbeit verbunden sah, die ihre eigenen Interessen schädige²⁹. Zum anderen wurden die durch Erwerbslose erbauten Siedlungen unter sozialpolitischen Gesichtspunkten als problematisch angesehen, zumindest dann, wenn es sich wie im Falle von Geesthacht um einen Standort mit strukturell bedingtem Arbeitsplatzmangel handelte. Eine »Sesshaftmachung von Arbeitslosen an solchen Plätzen und in dieser Verdichtung der Wohnstätten« sei daher »sozialpolitisch nicht zu vertreten«, so Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau³⁰. Diese Kritik soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beurteilungen der Selbsthilfe und insbesondere der Bauprojekte im Umfeld des VdH im Wohnungsbauministerium zwar nicht ohne Ambivalenz, aber letztlich im Großen und Ganzen doch positiv waren. Immer wieder wurde der Wert der Selbsthilfe betont, wenn auch gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, dass es sich dabei um eine »Ausnahmeerscheinung und ein Kennzeichen von arbeitsmäßigen oder finanziellen Notzeiten« handle, die mit zunehmender Prosperität an Attraktivität verlieren werde³¹. Insofern wurde der Selbsthilfe am Bau eine nur kurze Lebensdauer prognostiziert – zu Recht, wie sich bald schon zeigen sollte. Denn was für Selbsthilfe-Initiativen in der Bundesrepublik insgesamt galt, traf auch auf die Heimkehrer zu. Die Selbsthilfe war ein relativ kurzer Trend, dem seit spätestens Ende der 1950er Jahre nur noch wenige folgen wollten. Zurückzuführen war dies auf den zunehmenden Wohlstand, in dessen Rahmen das staatlich prämierte Sparen und das Eigenheim die Kleinsiedlung und die nunmehr archaisch anmutende Selbsthilfe ersetzte³².

chen auf anschauliche Weise die Beschwerlichkeit eines solchen Unternehmens. Vgl. Johannes Kimberger, Neuanfang der Kriegsspätheimkehrer – Die Entstehung der Heimkehrer-Siedlung in Fürth-Unterfürberg. In: Fürther Heimatblätter, N.F., 3 (2001), 51, S. 65–94.

²⁸ Üblich und realistisch war ein Selbsthilfeanteil von 15 bis 20 Prozent. Dies traf sowohl auf Projekte von Heimkehrern als auch auf andere Selbsthilfeprojekte zu. Vgl. die Zahlen in: Wir bauen unsere Welt. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg [1958], S. 6, sowie in: BArch, B 134/1435.

²⁹ Vgl. die umfangreiche Korrespondenz zwischen verschiedenen Vertretern der Bauindustrie und dem Bundesministerium für Wohnungsbau in: BArch, B 134/1435, 1437.

³⁰ BArch, B 134/1435, Vermerk Abteilung II, 7.6.1951, S. 2.

³¹ Ebd., S. 1.

³² Vgl. Georg Wagner, Sozialstaat gegen Wohnungsnot. Wohnraumbewirtschaftung und Sozialer Wohnungsbau im Bund und in Nordrhein-Westfalen 1950–1970, Paderborn [u.a.] 1995 (= Forschungen zur Regionalgeschichte, 11), S. 53–60. Die Heimkehrer scheinen jedoch für einen etwas längeren Zeitraum am Selbsthilfe-Gedanken festgehalten zu haben. Die Siedlungsaktivitäten werden im VdH-Rechenschaftsbericht für den Zeitraum von 1964 bis 1966 das letzte Mal erwähnt. Immerhin aber errichteten Heimkehrer nach Angaben des VdH bis 1960 beachtliche 43 000 Wohneinheiten (vgl. Freiheit ohne Furcht. Zehn Jahre Heimkehrerverband. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960, S. 128). Diese Angabe konnte aufgrund fehlender statistischer Daten nicht verifiziert werden. Sie erscheint sehr hoch angesetzt. Die in den VdH-Rechenschaftsberichten der Jahre 1951 bis 1966 angegebenen Zahlen übersteigen die oben genannte Zahl jedoch sogar noch. Allerdings scheinen diese Angaben in zunehmendem Maße auch Bauvorhaben zu enthalten, die zwar von Heimkehrern und unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestritten wurden, jedoch nicht zwangsläufig Selbsthilfe-Anteile beinhalteten. Insofern sind die Zahlen insgesamt mit Vorsicht zu genießen.

Wenn hier von einem gesellschaftlichen Trend die Rede ist, dann ist damit auch gesagt, dass die Idee, der Wohnungsnot durch Selbsthilfe zu begegnen und fehlendes Eigenkapital durch manuelle Arbeit am Bau zu ersetzen, in den 1950er Jahren weder neu noch außergewöhnlich war. Sie lässt sich zurückverfolgen bis in die 1930er Jahre, als die Regierung Brüning im Zeichen der Weltwirtschaftskrise Förderprogramme für Kleinsiedlungen verabschiedete, die notleidenden Familien zu Wohneigentum verhelfen sollten. Die Kleinsiedlung wurde in den 1930er Jahren zu einer wichtigen Wohnform, weil mit ihr im Unterschied zum Reformwohnungsbau der 1920er Jahre die Möglichkeit der Selbsthilfe und der Selbstversorgung gegeben war. Im Zeichen der katastrophalen Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt wurden mit der Dritten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 Pläne zur Förderung von Stadtrandsiedlungen für Erwerbslose verabschiedet. Die Finanzierung dieser durch äußerst bescheidene Häuser gekennzeichneten Siedlungen wurde möglich durch niedrig verzinsten Reichsdarlehen sowie einen hohen Anteil an Selbsthilfe³³ – Elemente, die im Rahmen der Siedlungsprojekte ehemaliger Kriegsgefangener und insgesamt als wohnungspolitisches Instrument in den 1950er Jahren wieder auftauchen sollten³⁴. Hintergrund war, wie bereits in der Zwischenkriegszeit, die zunehmende Wohnungsnot, die insbesondere Folge der Kriegszerstörungen, des Zuzugs von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie nicht zuletzt der Vernachlässigung der Wohnungsbautätigkeit zugunsten der Aufrüstung seit Ende der 1930er Jahre war. Vorsichtige Schätzungen gehen von 2,6 bis drei Millionen vollständig zerstörten Wohnungen bei Kriegsende aus. Das entsprach 17 bis 19 Prozent des Vorkriegsbestandes an Wohnraum³⁵. Die Wohnungsnot war Teil dessen, was Hans Günter Hockerts als »Gründungskrise« der Bundesrepublik bezeichnet hat³⁶. Damit ist das große Ausmaß an sozialen Notständen und Erschütterungen bezeichnet, die Teil der Hypotheken des »Dritten Reiches« und des Zweiten Weltkriegs waren. Der Schwerpunkt der ersten Legislaturperiode lag daher auf Gesetzen, die auf die Bewältigung dieser sozialen Notstände abzielten. Dazu zählten auch die Wohnungspolitik und der Wohnungsbau, die zu den drängendsten poli-

³³ Vgl. Tilman Harlander, Kleinsiedlungspolitik zwischen 1930 und 1950 – eine deutsche Geschichte. In: Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960. Hrsg. von Günther Schulz, Düsseldorf 1993 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 22), S. 123–139. Geht man von weiter gefassten Traditionslinien aus, dann findet sich die Idee der Selbsthilfe bekanntlich schon sehr viel früher. Anklänge finden sich bereits im Umfeld der protestantischen Reformation im 16. Jahrhundert, später im Pietismus oder auch im Prinzip der Subsidiarität in der katholischen Soziallehre. Vgl. Roland Wallner, Die Entstehung des Gedankens der Hilfe zur Selbsthilfe im Zeitalter der Reformation, München 1998; Der Pietismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Hrsg. von Ulrich Gäßler, Göttingen 2000 (= Geschichte des Pietismus, 3).

³⁴ Bekanntlich wurde die Kleinsiedlung von den Nationalsozialisten in das Zentrum ihrer Wohnungspolitik gerückt und im Sinne der »Blut- und Boden«-Ideologie vereinnahmt. Im Rahmen der Wiederaufnahme des Kleinsiedlungsgedankens in den frühen Nachkriegsjahren ist ein überwiegend unkritisches Verhältnis zu dieser Traditionslinie zu konstatieren. Vgl. Harlander, Kleinsiedlungspolitik (wie Anm. 33), S. 125 f. Dies gilt auch für die Initiativen im Umfeld des VdH. Es finden sich keine Hinweise darauf, dass der Siedlungsgedanke durch die ideologische Vereinnahmung der Nationalsozialisten in den Reihen des VdH diskreditiert gewesen ist.

³⁵ Karl Christian Führer, Wohnungen. In: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 bis 1949/55. Hrsg. von Wolfgang Benz, Berlin 1999, S. 206–209, hier: S. 206.

³⁶ Hans Günter Hockerts, Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Sozialreform, 32 (1986), S. 25–41.

tischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben der frühen Bundesrepublik gehörten³⁷. Mit der Neuschaffung eines Bundesministeriums für Wohnungsbau im Rahmen der ersten Kabinettsbildung durch die Regierung Adenauer wurde die Dringlichkeit der staatlich gelenkten Wohnraumbeschaffung unterstrichen.

Bereits im April 1950 wurde das Erste Wohnungsbaugesetz verabschiedet. Das Gesetz war insofern innovativ, als damit der Soziale Wohnungsbau eingeführt und die Dringlichkeit umfassender Interventionsmaßnahmen im Wohnungsbau in juristische Form gegossen wurde. Hinsichtlich der hier im Zentrum des Interesses stehenden Selbsthilfe ist § 16, Abs. 3 des Gesetzes besonders aufschlussreich, weil darin die besondere Bedeutung der Selbsthilfe für die Schaffung von Wohnraum anerkannt wurde. Im Gesetz war festgeschrieben, dass diejenigen Bauvorhaben, »die unter erheblichem Einsatz von Selbsthilfe erstellt werden«, bevorzugt zu fördern seien³⁸. Neben der Bundesregierung setzten auch einzelne Länder mit einer hohen Arbeitslosenquote und einem enormen Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen wie beispielsweise Schleswig-Holstein³⁹, und darüber hinaus die Kirchen und die Heimstättenbewegung große Hoffnungen in das Modell der Kleinsiedlung und die Idee der Selbsthilfe⁴⁰. Das Konzept war am Ende der 1940er, zu Beginn der 1950er Jahre derart populär geworden, dass im Februar 1949 sogar ein »Ständiger Ausschuss für Selbsthilfe« gegründet wurde, der es sich als loser Zusammenschluss von über dreißig Verbänden – vom Deutschen Siedlerbund über den Katholischen Siedlungsdienst bis hin zum Zentralverband der vertriebenen Deutschen – zur Aufgabe gemacht hatte, »das Verständnis des Selbsthilfegedankens im Volke und bei den öffentlichen Einrichtungen [zu] vertiefen und [zu] verbreiten«⁴¹.

Angesichts dessen war die Hinwendung zur Selbsthilfe durch den VdH und die ehemaligen Kriegsgefangenen Anfang der 1950er Jahre alles andere als ein Alleinstellungsmerkmal. Außergewöhnlich waren jedoch die Deutungen, die mit den Selbsthilfe-Initiativen der Heimkehrer verbunden waren. Die Bauvereine im Umfeld des VdH nahmen nämlich auf keine dieser mal mehr, mal weniger problematischen Vorläufer und Traditionslinien Bezug, sondern sie konstruierten ihre eigene Tradition, die ihren Ausgangspunkt in den Kriegsgefangenenlagern des Ostens nahm.

Bereits der Gründer von »Glaube und Tat« Fritz Redlin hatte diese Argumentationsfigur, der zufolge die Idee für die Selbsthilfe-Initiativen in den Lagern in der Sowjetunion geboren worden sei, bemüht⁴². Nach der Eingliederung in den VdH

³⁷ Vgl. Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 20).

³⁸ Bundesgesetzblatt (BGBl) 1950, I, S. 83–88, hier: S. 85.

³⁹ Vgl. u.a. die von der Landesregierung Schleswig-Holstein herausgegebene Broschüre »Wohnungsbau für Dich« (o.J., ca. 1950), in der massiv für die Selbsthilfe geworben wurde. BArch, B 134/1435.

⁴⁰ Vgl. Harlander, Kleinsiedlungspolitik (wie Anm. 33), S. 135–139. Hermann Götde, Tilman Harlander und Katrin Hater, »Siedeln tut not«, Wohnungsbau und Selbsthilfe im Wiederaufbau, Aachen 1992 (= Veröffentlichungen des Bischöflichen Diözesanarchivs, 43). BArch, B 134/1435, Gerhard Weisser, Die Selbsthilfebewegung und der Ständige Ausschuss für Selbsthilfe. In: Gemeinschaftliche Selbsthilfe. Hrsg. vom Ständigen Ausschuss für Selbsthilfe, Göttingen 1951, S. 9–45, hier S. 9.

⁴¹ In der Presse wurde diese Erzählung dankbar aufgegriffen. Vgl. u.a.: Eigenheime ohne jedes Eigenkapital. In: Die Neue Zeitung, 13.11.1951; Das Bauwunder von Geesthacht.

fand diese Deutungsfigur rasch Eingang in das einschlägige Schrifttum des Verbandes, so etwa in die Broschüre »Hilf Dir selbst«, in der das verbandseigene Siedlungsprogramm präsentiert und gedeutet wurde:

»Wie war das eigentlich in Russland? [...] Unter unglaublichen Verhältnissen haben wir in Russland ganze Wohnsiedlungen, Industrieanlagen und weitere Objekte aus dem Boden stampfen müssen. Kein Teufel hat nach irgendeinem Diplom oder Facharbeiterzeugnis gefragt. Dort gab es nur zwei Unterschiede: gute Arbeiter und schlechte Arbeiter. Gute Arbeiter waren die Lebenden, schlechte Arbeiter waren die Toten. // Blutige Laien haben dort drüben riesige Bauwerke geschaffen [...] Mit primitivsten Werkzeugruinen haben ausgehungerte, vor Sehnsucht Kranke diese ungeheuren Leistungen dort drüben vollbringen müssen. Sollte das nicht in organisierter Selbsthilfe mit ordentlichen Werkzeugen, mit Unterstützung der Behörden, auf freiwilliger kameradschaftlicher Basis möglich sein?⁴³«

Hier wurde ein Gründungsmythos konstruiert, der den Ursprung der Selbsthilfe in die Kriegsgefangenenlager des Ostens verlegte. Dort, in einer Gruppe von Gleichgesinnten, nahm sie ihren ideellen Ausgangspunkt, und dort hatten die Kriegsgefangenen die notwendigen manuellen Fertigkeiten erworben und den Durchhaltewillen bewiesen. Diese Erzählung hatte eine sinnstiftende Funktion. Dabei war es nicht die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft selbst, die positiv konnotiert war, sondern das, was die Gefangenen trotz aller widrigen Umstände daraus gemacht hatten. Es ging darum, »die bitteren Erfahrungen, die sie [die Kriegsgefangenen] in der sowjetischen Gefangenschaft bis zur Neige hatten auskosten müssen, in der Heimat nutzbar zu machen«⁴⁴. Es sollten eben gerade keine »verlorenen Jahre« sein, die man hinter sich gebracht hatte:

»Verlorene Jahre – so sagen manche, wenn sie an die furchtbare Zeit der Gefangenschaft, an die systematische seelische Zermürbung durch Angstdruck und Aussichtslosigkeit mit Grauen selbst in ihren Träumen zurückdenken. Und doch waren diese Jahre nicht verloren, wie nichts auf der Welt verloren ist, wenn man sich nur nicht selbst aufgibt. Hunderttausende sind in der Gefangenschaft zugrundegegangen. Aber die in der Frische eines Widerstandswillens bis zum Äußersten nach Jahren härtester Erprobung Heimgekehrten, die sich seelisch nicht unterkriegen ließen, sie sind nicht nur zähe, sondern auch sehend geworden«⁴⁵.«

In: Hamburger Abendblatt, 20.7.1952; Hausbesitzer durch Muskelkraft. In: Hamburger Anzeiger, 3.9.1954.

⁴³ Hilf Dir selbst (wie Anm. 27), S. 2. Die im folgenden ausgewerteten thematisch einschlägigen Texte sind entweder in Form von Broschüren oder in der Mitgliederzeitung *Der Heimkehrer*, in Rechenschaftsberichten, Jahrbüchern und weiteren, vom VdH herausgegebenen Publikationen erschienen. In den meisten Fällen und wenn nicht anders angegeben, wird der Name des Verfassers nicht genannt. Diese Texte werden daher als Ergebnis von kollektiven Selbstverständigungsprozessen innerhalb des Verbandes gedeutet, die dann als von den Mitgliedern akzeptiert gelten können, wenn sich keine Einsprüche etwa in Form von abgedruckten Leserbriefen oder Briefen an die Geschäftsstelle des VdH finden.

⁴⁴ Fritz Redlin, Der Erfolg des Heimkehrerbauvereins »Glaube und Tat«. In: Verband der Heimkehrer. Ein Rechenschaftsbericht. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1953, S. 108–111, hier: S. 108.

⁴⁵ Geist der Selbsthilfe stärker als Atombomben. Glaube und Tat, die Wohnungsaktion der Heimkehrer. In: Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1952, S. 79–81, hier: S. 79.

Neben diesen Versuchen der Konstruktion eines sinnstiftenden Gründungsmythos, die im Verbandsleben nicht nur im Zusammenhang mit den Siedlungsprojekten zu beobachten waren, sondern sich auch in anderen thematischen Kontexten fanden, war in den Darstellungen der Selbsthilfe-Aktivitäten der Topos der Kameradschaft zentral⁴⁶. In den Erzählungen hatte die Kameradschaft der Soldaten über die Kriegsgefangenschaft hinaus Bestand⁴⁷. Sie wurde in der Nachkriegsgesellschaft transformiert in eine Gemeinschaft, die die Selbsthilfe zur Handlungsmaxime ausgerufen und als positiven Wert identifiziert hatte. In einem Bericht über ein Selbsthilfeprojekt in Leverkusen hieß es:

»Im Oktober des vergangenen Jahres taten wir den ersten Spatenstich. Bis sich Stein auf Stein fügte, waren wir in jeder freien Minute auf unserem Bau. Hier konnte man nicht unterscheiden, wer von uns der Beamte oder der Arbeiter war, der Prokurist oder der Handwerker. Wir waren wieder wie einst Kameraden in einer großen Baubrigade, waren wie ein Zahnrad, das Bewegung brachte und vorantrieb. Diesmal war es aber kein Vorantreiben um 200 Gramm Zusatzbrot, sondern um unseren eigenen Bau, den wir in Freiheit erstellen konnten⁴⁸.«

»Der letzte Kamerad ist nicht vor Stalingrad geblieben – er ist mitten unter uns«⁴⁹, hieß es an anderer Stelle. Diese in den Bauvereinen weiter existierende Kameradschaft stand für Kontinuität über Brüche hinweg, und sie funktionierte nach bestimmten Regeln, die unter dem immer wieder auftauchenden Schlagwort der »echten Gemeinschaft«⁵⁰ gebündelt wurden. In diesem Zusammenhang hieß es, dass »die Frage einer Selbsthilesiedlung [...] die Frage nach den menschlichen Werten der Siedler« sei⁵¹. In den Darstellungen des Verbandes funktionierte eine solche Gemeinschaft nicht nach Marktprinzipien, sondern war dem Wert der Solidarität verpflichtet:

»Einer für alle, alle für einen. Es findet sich eine Gemeinschaft von Facharbeitern und Laien zusammen. Diese Gemeinschaft baut sich gemeinsam ihre Häuser. Jeder wird dort eingesetzt, wo er nach seinen Kräften und Fähigkeiten das Beste leisten kann. // Jeder hat die Pflicht, das einzusetzen, was er aus sich herausholen kann. Es rechnet nicht jeder dem anderen seine tarifmäßige Leistung vor, sondern jeder leistet in gleicher Arbeitszeit das, was er kann⁵².«

Ziel dieser Solidargemeinschaften war es in erster Linie, in gemeinschaftlicher Tätigkeit Häuser zu errichten. Zugleich wurde dieser Bautätigkeit in der Gruppe eine therapeutische Funktion zugeschrieben: So hieß es beispielsweise, dass »die Selbst-

⁴⁶ Vgl. zum Topos der Kameradschaft bereits Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006 (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, 173).

⁴⁷ Dies galt nicht ausnahmslos. Bestimmte Personen wurden in den Erzählungen des VdH aus dem Kreis der Kameraden ausgeschlossen, so u.a. die sogenannten Kameradenschinder, die sich nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik zum Teil sogar für in der Gefangenschaft begangene Taten wie Denunziation, Körperverletzung oder Erpressung vor Gericht verantworten mussten. Vgl. Schwelling, *Heimkehr* (wie Anm. 3), S. 132–134.

⁴⁸ Gerhard Ohst, *Wir bauen uns ein Haus. Vom »Rußlandmaurer« zum eigenen Bauherrn in Leverkusen*. In: *Wir bauen unsere Welt* (wie Anm. 28), S. 10.

⁴⁹ *Hilf Dir selbst* (wie Anm. 27), S. 2.

⁵⁰ Ebd., S. 8.

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd.

hilfe [...] in erster Linie ein Akt der seelischen Wiedergeburt sein« müsse und solle⁵³. In Form von beispielgebenden Lebensläufen wurden Geschichten von Menschen erzählt, deren Leben erst wieder durch die Mitgliedschaft im Bauverein in sinnvolle Bahnen gelenkt worden sei:

»Der Älteste einer GuT- [Glaube und Tat] Baustelle ist bald 70 Jahre alt. Er hat den Glauben an sich selbst wiedergefunden [...] Heute schon bewohnt er sein Haus. Sein Lebensabend ist gesichert. Noch einmal hat sein Leben einen Sinn bekommen. Das hat er mit seiner eigenen Hände Arbeit und mit dem Willen zu Selbsthilfe erreicht⁵⁴.«

Mit dieser und ähnlichen Darstellungen war stets auch der Appell verbunden, nicht nur den »Dank des Vaterlandes« einzufordern, sondern selbst aktiv zu werden und Hand anzulegen. Fritz Redlin hatte bereits in den Anfängen des Siedlungsprogramms darauf hingewiesen, dass die ehemaligen Kriegsgefangenen mit ihren Selbsthilfe-Initiativen dazu beitragen wollten, »die Gesinnung zu bekämpfen, die die Hände im Schoß faltet und alles vom Staat erwartet«⁵⁵. Hier klang bereits eine Position an, in deren Rahmen der Staat nicht als Gegenüber oder gar Gegner definiert wurde. Vielmehr war damit bereits ein demonstratives Bekenntnis zur staatlichen Verfasstheit der Bundesrepublik verbunden, das im Laufe der Jahre noch deutlicher ausgearbeitet und formuliert werden sollte:

»Nicht die Forderung stand am Beginn, die ewige Forderung an den Staat, zu geben und wieder zu geben, sondern der Wille zur Selbsthilfe bis zur heutigen Stunde. Die 40 000 Wohneinheiten, die der Verband der Heimkehrer miterrichten konnte – das ist eine Stadt von der Größe der Bundeshauptstadt Bonn – wären nicht entstanden, wenn die Heimkehrer als Bauherren nicht ihre eigene Muskelkraft kapitalisiert hätten. // Nur wo wir nicht selbst fertig werden und ausschließlich Gesetze eine gerechte Regelung herbeiführen konnten, traten wir als Fordernde gegenüber dem Staat auf; wenn es sein musste hart, aber doch immer maßvoll und sinnvoll, weil wir ja heimgekehrt waren, um diesen Staat mitaufzubauen und mittragen zu helfen⁵⁶.«

Selbsthilfe war in den Reihen des VdH also einerseits Handlungsmaxime, verbunden mit einem Bekenntnis zum demokratischen Ideal des mündigen Bürgers, der Verantwortung für sich und andere übernimmt, sich mit dem Gemeinwesen identifiziert und dieses aktiv mitgestaltet. Sie war jedoch andererseits auch im Sinne einer Distinktionsformel in Gebrauch. Denn mit diesen demonstrativen Bekenntnissen zum neuen Staatswesen und mit den Bekundungen, das Mögliche zum Aufbau und zur Stabilisierung dieser politischen Ordnung beizutragen, war – häufig implizit, manchmal explizit – ein zweites Deutungsmuster verbunden:

»Entscheidend für alle Maßnahmen aber ist dabei, dass die Heimkehrer selbst nie das Mitleid der Öffentlichkeit herausfordern, nie zu passiven Rentiers erklärt sein wollen, sondern als gesunde, aktive Menschen tätiger Teil der Gemeinschaft zu sein wünschen⁵⁷.«

⁵³ Ebd., S. 9.

⁵⁴ Ebd., S. 3.

⁵⁵ Redlin, Der Erfolg (wie Anm. 44), S. 111.

⁵⁶ Freiheit ohne Furcht. Zehn Jahre Heimkehrerverband. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960, S. 32 f.

⁵⁷ Ebd., S. 110.

Mit den »passiven Rentiers« wurde hier eine Figur aufgerufen, von der der VdH nicht müde wurde sich abzugrenzen. Der »passive Rentier« war – im Sinne einer Identitätskonstruktion – der »Andere«, mit dem man nicht gemein sein wollte. Mit den Selbsthilfe-Initiativen wollte man nämlich nicht nur Häuser errichten, »sondern durch den Aufruf zur Selbsthilfe dem demoralisierenden Staatsrentnertum zu Leibe gehen«⁵⁸.

Der »Andere«, von dem es sich abzugrenzen galt, war die »bemitleidenswerte karitative Figur«⁵⁹, die im Rahmen der Selbstdarstellungen des VdH stets den sich vollständig von der Hilfe Dritter abhängig machenden Kriegsveteranen meinte. Damit wurde eine andere, in der frühen Bundesrepublik noch allzu präsente Erinnerung aufgerufen, nämlich die an die Zwischenkriegszeit und an Weimarer Verhältnisse. In der frühen Nachkriegszeit war »Weimar« ein Untoter, eine vagabundierende, negative Erinnerung, die den Erwartungshorizont der Bundesbürger maßgeblich prägte, politisches Handeln steuerte und gesellschaftliche Deutungen beeinflusste. Wenn um das Jahr 1950 von den »Lehren aus der Vergangenheit« gesprochen wurde, war zumeist nicht vom nationalsozialistischen Regime die Rede. Vielmehr waren die aus dem Scheitern des ersten Versuchs einer Demokratie in Deutschland zu ziehenden Lehren gemeint⁶⁰.

Das Aufrufen dieser Vergangenheit hatte eine zweite Funktion: Sie diente in den Verlautbarungen des VdH nicht nur der Abgrenzung vom Bild des Veteranen als einer karitativen Figur und, damit verbunden, als Zusicherung, dass der Staat dieses Mal, bei diesem zweiten Versuch der Etablierung einer Demokratie, auf die politische Zuverlässigkeit und demokratische Kompatibilität der Veteranen sowie ihren tätigen Beitrag zählen konnte. Darüber hinaus wurde »Weimar« auch im Sinne einer Drohkulisse eingesetzt:

»Habt keine Angst vor dieser Mobilisierung seelischer Kräfte, die staatserhaltender sein werden als der platte Geist von Almosenempfängern. Ermöglicht die praktische Betätigung dieses Selbsthilfewillens und verhütet damit eine Radikalisierung, die unweigerlich eintreten wird, wenn die verantwortlichen Stellen die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen oder können«⁶¹.

Mit diesem Heraufbeschwören der Radikalisierung als möglicher Handlungsoption wurde deutlich gemacht, dass das affirmative Bekenntnis zur neuen Staatsform bedingungslos nicht zu haben war. Für das konstruktive Mitwirken an ihrer Integration erwarteten die ehemaligen Kriegsgefangenen Gegenleistungen in Form einer die Heimkehrer in besonderem Maße berücksichtigenden, großzügigen Sozialgesetzgebung. In solchen und vielen ähnlich lautenden Aussagen wurde, um im Bild der Selbsthilfe zu bleiben, die »Hilfe zur Selbsthilfe« eingefordert. Wenn dies nicht gegeben schien, wurde die Figur des radikalen, die staatliche Ordnung untergrabenden Veteranen aufgerufen, der in den 1950er Jahren noch allzu präsent war. Denn bei aller Sympathie, die den Kriegsgefangenen in der frühen Nachkriegszeit entgegengebracht wurde, wurden sie vor dem Hintergrund des Anteils,

⁵⁸ Hilf Dir selbst (wie Anm. 27), S. 1.

⁵⁹ Das sozialpolitische Memorandum des Verbandes der Heimkehrer. In: Der Heimkehrer 6, (1955), 2, S. 5.

⁶⁰ Vgl. Schwelling, Heimkehr (wie Anm. 3), S. 230–234. Darüber hinaus auch: Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2009 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 45).

⁶¹ Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952. Hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1952, S. 81.

der den Veteranen des Ersten Weltkriegs am Scheitern der Weimarer Republik zugeschrieben wurde, jedoch auch als tickende Zeitbombe wahrgenommen, die jederzeit explodieren konnte.

Der VdH konnte mit dieser Strategie beträchtliche Erfolge erzielen. Dies lässt sich insbesondere auf der Ebene der Sozialpolitik und im Zusammenhang mit dem Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz nachweisen⁶². Diese Argumentationsstrategie hatte sich jedoch bald abgenutzt, nicht nur, weil die Heimkehrer immer wieder versicherten, dass sie »verantwortungsbewusste Staatsbürger«⁶³ seien, die Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat ausbalancierten und nicht nur forderten, sondern auch zu geben und sich selbst zu helfen bereit waren. Die Drohung konnte auch deshalb bald nicht mehr greifen, weil sich die ehemaligen Kriegsgefangenen rasch integrieren und in ökonomischer Hinsicht Fuß fassen konnten. Schließlich konterkarierten die Heimkehrer und ihr Verband ihre Drohungen durch ihr Handeln stets selbst. In den Selbsthilfe-Broschüren des VdH waren weder verelendete Veteranen noch ein rasender Mob abgebildet, sondern sorgende Familienväter, die mit Hilfe ihrer Ehefrauen und Kinder und im Kreis von Gleichgesinnten enorme Anstrengungen auf sich nahmen, um für ihre Familien ein bescheidenes Heim zu errichten⁶⁴. Heimkehrer und ihre Familien, die sich in solchen Bildern präsentierten, konnten mit ihren Drohungen schon bald keine Glaubwürdigkeit mehr erzielen.

IV. Schlussfolgerungen: Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte in der Erweiterung

Die argumentative Aufladung der Siedlungsinitiativen durch zweierlei Vergangenheiten – die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft einerseits, die Erinnerung an die Weimarer Republik und die Veteranen des Ersten Weltkriegs andererseits – macht eine Dimension von Erfahrung und Erinnerung deutlich, die bislang wenig Beachtung fand. Deutlich wird hier eine Form des Einflusses von Erfahrungen und Erinnerungen auf politische Prozesse, die sich nicht mit den gängigen theoretischen Konzepten der Vergangenheits-, Erinnerungs- oder Geschichtspolitik fassen lässt. Mit der Fokussierung auf Diskurse, die deutend auf Vergangenheit Bezug nehmen, auf materiale Artefakte des Erinnerns und Gedenkens wie etwa Mahnmale und Gedenkstätten sowie auf politische Strategien, in deren Rahmen Hinterlassenschaften vergangener Regime politisch-moralisch oder justiziell »bewältigt« werden, konzentrieren sich Studien zur Vergangenheits-, Geschichts- und Erinnerungspolitik auf *intentionale* Akte des Erinnerns und *explizite* Thematisierungen von Vergangenheit. Diese Formen der Vergegenwärtigung vergangener Zeiten und Erfahrungen werden dabei in einem eigenständigen Politikfeld verortet, in dem Vergangenheit in ästhetischen Formen dargestellt wird, deren Hinterlassenschaften politisch-justiziell bewältigt oder politisch-moralisch diskutiert und aufgearbeitet

⁶² Vgl. Schwelling, Heimkehr (wie Anm. 3), S. 230–268.

⁶³ Das sozialpolitische Memorandum (wie Anm. 59), S. 5.

⁶⁴ Vgl. die zahlreichen Abbildungen in: Freiheit ohne Furcht (wie Anm. 32); Wir bauen unsere Welt (wie Anm. 28).

werden⁶⁵. Die hier aufgezeigten Bezugnahmen auf Vergangenheiten, die sich im Kontext des Siedlungsprogramms des VdH finden lassen, legen jedoch nahe, auch Politikfelder in den Blick zu nehmen, deren primäres Anliegen *nicht* die Darstellung, Diskussion, Aufarbeitung oder Bewältigung von Vergangenheit ist. Ausgangspunkt einer solchen Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte in der Erweiterung sind nicht Formen des Gedenkens, Diskurse über die Deutung vergangener Ereignisse und Epochen oder einzelne vergangenheitspolitische Maßnahmen, sondern ein kollektiver politischer Akteur, der auf vielfältige Weise deutend auf Vergangenheit Bezug nahm und diese Deutungen wiederum handelnd in den politischen Prozess einbrachte. Mit dieser auf Akteure und ihre Handlungen bezogenen Perspektive auf Erfahrungen und Erinnerungen wird die Aufmerksamkeit also auf Deutungen *und* ihre praktischen Konsequenzen, auf Inhalte von Erinnerungen *und* deren konkrete Auswirkungen auf politische Prozesse gelenkt⁶⁶. Es geht um die Frage, auf welche Weise das politische Handeln von Akteuren durch Erfahrungen und Erinnerungen geprägt wird. Die hier vorgeschlagene, am Beispiel der Siedlungsprojekte verdeutlichte Perspektive auf den Zusammenhang von Erfahrungen, Erinnerungen und Politik lässt sich als handlungs- und akteurstheoretisches Modell verstehen, das danach fragt, was Akteure mit ihren Erfahrungen und Erinnerungen tun und welche Konsequenzen daraus in gesellschaftspolitischen Kontexten resultieren. Einer Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte in der Erweiterung geht es um vergangenheitsgrundierte Argumente in Handlungsfeldern jenseits des Gedenkens und des intentionalen Erinnerns, mit denen – wie am Beispiel des VdH, der ehemaligen Kriegsgefangenen und eine ihrer Initiativen aufgezeigt wurde – politische Forderungen und Strategien nicht nur argumentativ unterlegt, sondern mit denen darüber hinaus handfeste politische Forderungen durchgesetzt werden. Eine solche Perspektive kann daher nicht zuletzt dazu beitragen, die häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen der Ebene der *Herstellung* von Politik in Entscheidungsprozessen und der Ebene der *Darstellung* von Politik in symbolischen Handlungen zu relativieren. Denn die vonseiten der ehemaligen Kriegsgefangenen im Umfeld des VdH initiierten Siedlungsprojekte und die mit ihnen verbundenen Deutungen enthielten beide Dimensionen. Diese Selbsthilfe-Initiativen wa-

⁶⁵ Vgl. z.B. Wolfrum, Geschichtspolitik (wie Anm. 5). Wolfrum geht davon aus, dass Geschichtspolitik in einem von anderen Bereichen abgrenzbaren »Handlungs- und Politikfeld« stattfindet, »auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen« (S. 25). Ähnlich platziert Peter Reichel die im Zentrum seiner Studie stehende »Memorialkultur« in einem »gesamtstaatlich relevante[n], konfliktreiche[n] Politikfeld«. Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt a.M. 1999, S. 13.

⁶⁶ Wichtige, in eine ähnliche Richtung zielende Anstöße finden sich bei Konrad Jarausch, der für die Untersuchung von »praktische[n] Form[en] der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit«, von »Umsetzungen« dieser Auseinandersetzung und deren konkrete Folgen plädiert (vgl. Konrad Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1955, München 2004, S. 27 f.). In eine ähnliche Richtung zielende Hinweise finden sich bei Alon Confino und Peter Fritzsche, die ihren Fokus auf die Frage, »how memory forms social relations« richten und »the practical uses of the category ›memory‹, the way it comes to structure perceptions, to inform thought, to construct identities, to determine policies, and to explain situations« in das Zentrum des analytischen Interesses stellen (Alon Confino und Peter Fritzsche, Introduction: Noises of the Past. In: the Work of Memory. New Directions in the Study of German Society and Culture. Ed. by Alon Confino and Peter Fritzsche, Urbana, Chicago 2002, S. 1–21, hier: S. 5).

ren einerseits mit sozialpolitischen Forderungen verbunden, transportierten andererseits jedoch zugleich Bilder verschiedener Vergangenheiten. Hinsichtlich eines theoretischen Ertrags im Sinne der hier vorgeschlagenen handlungs- und akteurszentrierten Perspektive lässt sich dies als Hinweis auf die Verschränktheit der beiden Ebenen lesen. Daraus folgt, politische Handlungen nicht ausschließlich im Sinne der Herstellung bzw. Darstellung zu analysieren, sondern stets beide Dimensionen in den Blick zu nehmen. In einer weiter gefassten Perspektive bedeutet dies, die »harten« Faktoren des politischen Handlungsraums – Institutionen, Entscheidungsprozesse, Herrschaft, Macht und Legitimität – nicht als kulturell neutral zu begreifen, sondern im Sinne von äußerst voraussetzungsreichen, historisch und kulturell grundierten und daher wandelbaren Praktiken und Prozessen zu untersuchen. Von daher ähneln sich die im Kontext der Rückkehr von Soldaten aus Kriegen stehenden Integrations- und Bewältigungsaufgaben, die in der Einleitung aufgezeigt wurden, zwar in vielen Fällen. Die Antworten, die gefunden, und die Strategien, die entworfen werden, sind jedoch verschieden und variieren je nach kulturellem, politischem und gesellschaftlichem Kontext. Mit ihren Selbsthilfe-Initiativen haben die ehemaligen Kriegsgefangenen in der Bundesrepublik einen spezifischen Weg eingeschlagen, der ohne die Berücksichtigung dieser vielfältigen Kontexte nicht hinreichend verstanden und angemessen in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingeordnet werden kann.

Abstract

This article analyzes self-help projects of former POWs in the early Federal Republic of Germany. Returning POWs organized in the Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V. (Association of Returnees, VdH) had been active in housing development during the 1950s and 60s, building settlements for their families and themselves on a self-help basis. These rather unusual initiatives represented an answer to the tremendous housing shortage in postwar Germany. Furthermore, they offered a space for coping with experiences and memories of war and captivity. This included not only their own experiences and memories but also those related to Germany's interwar period and to veterans of the First World War. By highlighting these multi-layered references to wars, captivities, and homecomings, this article offers new conceptual possibilities for a history of experiences and memories.

